

Christine von Milczewski

Der grundrechtliche Schutz
des Eigentums im Europäischen
Gemeinschaftsrecht



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
1. Die Bedeutung des Privateigentums für den Gemeinsamen Markt	2
2. Die Grundrechtsproblematik in der Gemeinschaftsrechtsordnung	3
3. Die Ermittlung eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes	7
1. Teil	
GEMEINSCHAFTSVERTRÄGE UND RECHTSPRECHUNG DES EUGH	14
A. Die Schranke der nationalen Eigentumsordnung und das "Eigentum" der Euratomgemeinschaft an den Kernbrennstoffen	14
<i>I. Die Eigentumsordnung an den Kohle und Stahl produzierenden Unternehmen, Art. 83 EGKS-Vertrag</i>	<i>15</i>
<i>II. Die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten, Art. 222 EG-Vertrag</i>	<i>23</i>
<i>III. Die Eigentumsregelung des Euratom-Vertrags, Art. 86 ff. EAGV</i>	<i>31</i>
1. Das Eigentum der Gemeinschaft an den Kernbrennstoffen	31
a. Der Inhalt des Eigentums an den Kernbrennstoffen	34
aa. Das Eigentum als Summe der hoheitlichen Befugnisse über die Kernbrennstoffe	34
bb. Privatrechtlicher Inhalt des Eigentums	35
(1) Die Heranziehung der lex rei sitae	36
(2) Die Bestimmung des Inhalts durch allgemeinen Rechtsgrundsatz	37
b. Das Nutzungs- und Verbrauchsrecht nach Art. 87 EAGV	38
2. Die Verweisungsregelung in Art. 91 EAGV	39

B. Die Stellung des geistigen Eigentums	42
1. Die Zwangslizenzen im Euratom-Vertrag	43
2. Die Rechtsprechung zum Verhältnis Gemeinschaftsrecht - nationale geistige Eigentumsrechte	45
C. Die Rechtsprechung des EuGH zum Eigentumsgrundrecht	53
1. Das Urteil Nold	53
2. Das Zuckerquotenurteil Eridania	57
3. Das Urteil Hauer	59
4. Die Krise auf dem Stahlmarkt: Die Urteile Valsabbia, Metallurgiki Halyps und Hoogovens Groep	64
5. Die Weinvermarktungsregeln	69
6. Die Abgaben im Rahmen einer gemeinsamen Marktorganisation	71
7. Die Veränderung der äußeren Wettbewerbsbedingungen	75
8. Die Urteile Testa und Agricola Commerciale Olio	78
9. Die Milchquotenurteile	84
a. Die Urteile Mulder und von Deetzen I	85
b. Die Urteile Erpelding und Leukhardt	88
c. Das Urteil Wachauf	91
d. Die Urteile von Deetzen II und Kühn	95
D. Der Schutz von Vermögensinteressen über andere allgemeine Rechtsgrundsätze	102
1. Das Recht auf freie berufliche Betätigung	102
2. Der Vertrauensschutzgrundsatz	104
3. Allgemeiner Gleichheitssatz	108
4. Allgemeiner Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	109

2. Teil

ERKENNTNISQUELLEN EINES GRUNDRECHTLICHEN EIGENTUMSSCHUTZES

	114
A. Die Eigentumsgarantie der Europäischen Menschenrechtskonvention	114
Einleitung	114
1. Das Verfahren vor den Konventionsorganen	116
2. Die Auslegung der Konvention durch den Gerichtshof	119
/. <i>Der Schutzzumfang des Art. 1 Zusatzprotokoll</i>	121
1. Autonome Auslegung des Begriffs Eigentum	121
2. Nutzungs- und Verfügungsmöglichkeiten über erlangte Eigentumspositionen	123
3. Der Kundenstamm eines Unternehmens	124
4. Geistige Eigentumsrechte	127
5. Schutz des Vermögens vor Steuern und Abgaben	127
6. Die Sozialversicherungsansprüche	127
7. Konventionsrechtsträger	131
//. <i>Die Formen des Eingriffs in die Eigentumsgarantie</i>	133
1. Die Abgrenzung der Entziehung von der Regelung der Benutzung des Eigentums	133
2. Die Vorbereitungsmaßnahmen von Enteignungen	138
3. Die Nichterfüllung von Schutzpflichten	140
///. <i>Die Rechtfertigungsanforderungen</i>	141
1. Die gesetzliche Grundlage im innerstaatlichen Recht	142
2. Das legitime Ziel	144
3. Der angemessene Ausgleich zwischen den Individualinteressen und Allgemeinwohlbelangen	145
a. Die Entschädigungspflicht bei Eigentumsentziehungen	147
b. Die Mittelauswahl	150

c.	Vertrauensschutzgesichtspunkte	151
d.	Übermaßverbot und Lastgleichheit	152
e.	Verfahrensgarantien	153
B.	Der Schutz des Eigentums in Frankreich	157
<i>I.</i>	<i>Der Schutz des Eigentums durch die Verwaltungsgerichte</i>	159
1.	Der allgemeine Rechtsgrundsatz der Achtung des Eigentums	160
a.	Die Überprüfung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr	161
b.	Die Kontrolle von Enteignungen	162
2.	Die Rolle der Handels- und Gewerbefreiheit (la liberté du commerce et de l'industrie)	164
3.	Der Grundsatz der Lastgleichheit	166
a.	Die Haftung für öffentliche Arbeiten	167
b.	Die Verletzung der Gleichheit vor den öffentlichen Lasten	169
aa.	Besonderer Schaden	170
bb.	Schwerer Schaden	171
cc.	Die Haftung des parlamentarischen Gesetzgebers	172
<i>II.</i>	<i>Das Eigentum in der Rechtsprechung des Verfassungsrats</i>	174
1.	Die Verwirklichung des Eigentumsschutzes als gesetzgeberische Aufgabe	174
2.	Die Eigentumsgarantie der Menschen- und Bürgerrechtserklärung	177
a.	Der Anwendungsbereich des Eigentumsgrundrechts	178
aa.	Schutzobjekte	178
bb.	Die geschützten Personen	180
b.	Die Beschränkung der Ausübung von Eigentumsrechten	181
c.	Die Eigentumsentziehung	185
aa.	Der Begriff der Entziehung (privation)	185
bb.	Die Garantien bei einer Entziehung des Eigentums	188

3. Die Abgrenzung zur liberte d'entreprendre	190
4. Der Lastengleichheitssatz als Grundlage der Entschädigungspflicht	191
C. Der Schutz des Eigentums unter dem Grundgesetz	196
<i>I. Die Schutzrichtung der Eigentumsgewährleistung</i>	198
1. Die Institutsgarantie des Privateigentums	199
2. Die Bestandsgarantie	200
3. Effektiver Rechtsschutz und Schutzpflichten des Staates	201
4. Grundrechtsträger	203
<i>II. Die geschützten Rechte</i>	204
1. Die Merkmale des Eigentums im Sinne der Verfassung	204
2. Der Schutz der Sozialversicherungsansprüche	206
3. Der eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetrieb und die Abgrenzung zur Berufsfreiheit	208
a. Der Standpunkt der Zivilrechtsprechung	208
b. Die Abgrenzung in der Verfassungsrechtsprechung	212
4. Die hoheitlichen Geldleistungspflichten	215
<i>III. Die Enteignung von Eigentumsrechten</i>	220
1. Der Enteignungsbegriff in der Rechtsprechung des BVerfG	221
2. Die Rechtfertigungsanforderungen an eine Enteignung	226
<i>IV. Die Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums</i>	227
1. Parlamentsvorbehalt und Bestimmtheitsanforderungen	228
2. Die gesetzgeberische Abwägungsaufgabe	230
3. Die Wertersatzansprüche	236

3. Teil

KONKRETISIERUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN EIGENTUMSGRUNDRECHTS	242
A. Die Schutzrichtung des Eigentumsgrundrechts	242
1. Abwehrrecht bei Eingriffen in erworbene Eigentumsrechte	242
2. Grundwert bei der inhaltlichen Neugestaltung von Eigentumsrechten	243
3. Schutzpflichten vor Übergriffen dritter Personen	247
4. Schutz des Instituts Privateigentum ?	248
B. Der Schutzbereich des Eigentumsgrundrechts	250
1. Die Grundkonzeption des Eigentums	250
2. Hoheitlich verliehene Rechtspositionen	252
a. Kontroll- und Lenkungsmechanismen	252
b. Die Sozialversicherungsansprüche	254
c. Leistungsansprüche gegen die Europäischen Gemeinschaften	257
3. Der Vermögensverlust durch die Auferlegung hoheitlicher Geldleistungspflichten	259
4. Die Abgrenzung zum Recht auf freie berufliche Betätigung	262
5. Die Grundrechtsträger	266
C. Die Anforderungen an Eingriffe in die Eigentumsgarantie	271
<i>I. Die allgemeinen rechtsstaatlichen Anforderungen</i>	272
1. Bestimmtheit und Zugänglichkeit der Rechtsgrundlage	272
2. Die Verfahrens- und Rechtsschutzgarantien	273
3. Parlamentsvorbehalt ?	275
<i>II. Die inhaltliche Ausgewogenheit der Maßnahme</i>	276
1. Der Maßstab der Verhältnismäßigkeit	277
2. Insbesondere: Das Übermaßverbot	278

VIII

3. Die Berücksichtigung von Vertrauensschutz Gesichtspunkten	280
4. Wertersatz- und Entschädigungsansprüche	283
a. Die Herleitung der Entschädigungspflicht	283
b. Die Entschädigung von Eigentumsentziehungen	285
c. Die Normierung des Ersatzanspruchs	287
d. Entschädigungspflicht und gesetzgeberische Typisierung	288
LITERATURVERZEICHNIS	295
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	302